

1 SPD Landesverband Berlin - Kurt-Schumacher-Haus  
2 Projektgruppe „Zukunft der Wehrpflicht“

### 3 **Für eine moderne Bundeswehr**

4 Entwurf eines Leitantrages für den LPT am 18. Juni 2005

5 Der LPT möge beschließen: Der  
6 BPT möge beschließen:

7 Die zukünftige Wehrverfassung wird in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert.  
8 Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen ist das notwendig und sinnvoll.  
9 Zentrales Thema ist die Zukunft der Wehrpflicht. Wir Sozialdemokratinnen und  
10 Sozialdemokraten führen die Debatte mit der Bedeutung des Themas angemessenem  
11 Ernst und mit Gründlichkeit

12 Die Bundeswehr leistet unverzichtbare Dienste für die Sicherheit. Wir wissen um den  
13 Wert und die Notwendigkeit der Verteidigung und halten daran unabhängig von der  
14 konkreten Wehrform fest.

15 Die Bindung der Bundeswehr an den Deutschen Bundestag stellen wir in keinem Fall in  
16 Frage. Die Bundeswehr muss Parlamentsarmee bleiben. Auch das Amt des/der  
17 Wehrbeauftragten bleibt erhalten. Zur gesellschaftlichen Verankerung gehört das  
18 Konzept der Inneren Führung, das insbesondere von Sozialdemokraten unterstützt  
19 worden ist, der „Staatsbürger in Uniform“ ist unser Leitbild für die Soldatinnen und  
20 Soldaten.

21 Die Bundesrepublik hat gute Erfahrungen mit der Wehrpflicht gemacht. Gleichwohl  
22 wissen wir, dass gesellschaftliche Verpflichtungen vom Staat nur abverlangt werden  
23 können, wenn sie gerecht organisiert und gesellschaftlich akzeptiert werden.  
24 Inzwischen geht nur noch eine Minderheit der Wehrpflichtigen zur Bundeswehr. Diese  
25 Situation ist wiederholt von Gerichten als verfassungskonform beurteilt worden.  
26 Jedoch wird gesellschaftlich die Frage nach der Wehr- und Dienstgerechtigkeit deutlich  
27 gestellt. Gleichzeitig bewegt uns die Sorge, ob die Bundeswehr ohne Wehrpflicht in der  
28 vorbildlichen Weise der letzten Jahrzehnte gesellschaftlich verankert und  
29 Zuverlässigkeit sowie Qualität der Leistungen der Bundeswehr gewährleistet bleiben  
30 könnte.

31 Dies macht einen zentralen Teil des Spannungsverhältnisses in der Debatte über die  
32 Wehrpflicht aus. Es ist Aufgabe der SPD, Anforderungen an die Bundeswehr und  
33 gesellschaftliche Akzeptanz der Wehrform wieder in Übereinstimmung zu bringen.

34 Wir wissen um den wichtigen Aspekt des Zivildienstes in dieser Debatte. Der  
35 Ersatzdienst begründet jedoch nicht die Wehrpflicht. Unabhängig von dieser Diskussion  
36 setzt sich die SPD für die Stärkung freiwilliger Dienste in der und für die Gesellschaft  
37 ein. Eine allgemeine Dienstpflicht lehnt die SPD ab.

38 Eine Entscheidung über die Zukunft der Wehrpflicht muss auf folgenden  
39 Veränderungen aufbauen, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer und der Implosion  
40 des Warschauer-Pakt-Systems seit 1989 ergeben haben:

41 Die Bedrohungslage Deutschlands und Europas und damit verbunden auch die  
42 Aufgabenstellung der Bundeswehr haben sich grundlegend verändert. Auftrag und  
43 Einsatzfähigkeit der Bundeswehr sind nicht mehr durch die Fähigkeit zur  
44 Landesverteidigung, idealtypisch ausgestaltet in der Abwehr eines Angriffs einer  
45 konventionellen Massenarmee gegen Mitteleuropa bestimmt, sondern maßgeblich  
46 durch die Fähigkeit zu Einsätzen außerhalb des Bündnisgebiets.

1 Die von dem neuen Auftrag bestimmte Wehrstruktur ist geprägt durch eine  
2 seitdem geringere und sinkende Präsenzstärke, einen dementsprechend  
3 geringeren Rekrutierungsbedarf, aber deutlich höhere und inhaltlich veränderte  
4 qualitative Anforderungen an die Angehörigen der Streitkräfte.

5 In Würdigung dieser veränderten Rahmenbedingungen muss der zu fassende  
6 Beschluss zur Zukunft der Wehrpflicht stimmige Antworten auf folgende  
7 Einzelfragen („Prüfsteine“) geben:

- 8 ■ eine überzeugende sicherheitspolitische und verfassungsrechtliche  
9 Legitimation der Wehrform, eine gleichwertige und gerechte Beteiligung  
10 aller Bürgerinnen und Bürger an der Lasten der Verteidigung  
11 und die Sicherung der Gleichberechtigung der Geschlechter im Bereich  
12 der Wehrverfassung
- 13 ■ die Sicherstellung der veränderten Einsatzanforderungen durch  
14 die Wehrstruktur
- 15 ■ die Sicherstellung der Rekrutierung von Zeit- und Berufssoldaten in  
16 qualitativer wie quantitativer Hinsicht
- 17 ■ die Sicherstellung der Rekonstitutions- und Aufwuchsfähigkeit der  
18 Bundeswehr bei einer veränderten Bedrohungslage einschließlich des  
19 Aufbaus eines qualitativ und quantitativ ausreichenden Potentials an  
20 Reservisten
- 21 ■ die Berücksichtigung der Finanzierbarkeit einer Armee, welche den  
22 neuen Einsatzanforderungen genügt
- 23 ■ die weitere Wahrnehmung der vom Zivildienst abgedeckten sozialen Dienste
- 24 ■ die Verankerung des demokratischen Charakters der Bundeswehr und  
25 der Integration der Streitkräfte in die demokratische Gesellschaft
- 26 ■ Die Sicherstellung der Fähigkeit der Bundeswehr zur Integration in  
27 eine zukünftige europäische Armee.

## 28 Variante 1

29 Für die Beibehaltung der Wehrpflicht spricht:

- 30 1. Die Wehrpflicht macht die Erfüllung sicherheits- und  
31 verteidigungspolitischer Aufgaben zu einer staatlichen Aufgabe aller  
32 Bürger. Zu diesen sich international stellenden Aufgaben zählen heute  
33 vorrangig Sicherung, Stabilisierung und Schutz in Ausführung von VN-  
34 mandatierten Einsätzen. Die Notwendigkeit einer klassischen  
35 Landesverteidigung zeichnet sich derzeit nicht ab. Dennoch müssen sich die  
36 Streitkräfte darauf vorbereiten, für Unwägbarkeiten im sicherheitspolitischen  
37 Umfeld vorzusorgen, zu denen auch die Bewältigung asymmetrischer  
38 Konfliktlagen gehören kann. Die sorgsame Wahrung der Aufwuchsfähigkeit ist  
39 dafür von erheblicher Bedeutung.
- 40 2. Die Fähigkeit, Streitkräfte im Fall der Notwendigkeit schnell  
41 wiederaufzubauen, wird nur in einer Wehrpflichtarmee erhalten.

- 1 3. Die Abschaffung der Wehrpflicht wäre, auch wenn man sie zunächst  
2 als Aussetzung praktizierte, unumkehrbar.
- 3 4. Streitkräfte, die zu einem erheblichen Teil aus Wehrpflichtigen bestehen,  
4 eröffnen die Chance, einen möglichst breiten Querschnitt der Bevölkerung  
5 aufzunehmen. Rambotypen und Waffennarren oder Rechtsradikale sind  
6 nur unter diesen Umständen nicht überproportional vertreten. Die  
7 Wehrpflicht bietet zudem den entscheidenden Vorteil, wie eine „Probezeit“  
8 für beide Beteiligten zu fungieren: Die Streitkräfte können sich davon  
9 überzeugen, ob der Wehrpflichtige auch für längere Zeit in den  
10 Streitkräften die gesuchten Fertigkeiten und Qualifikationen mitbringt, und  
11 dies kann sich der Wehrpflichtige auch im Lichte der eigenen  
12 Erfahrungen überlegen. Diese Erfahrungszeit macht die  
13 getroffenen Entscheidungen besser.
- 14 5. In einer immer stärker auseinander driftenden Gesellschaft bietet die  
15 Wehrpflicht- wie auch die Ersatzdienstzeit jungen Leuten die Chance, trotz  
16 unterschiedlicher Herkunft und vielfältiger Lebensentwürfe die uns  
17 allen gemeinsamen Verfassungswerte zu erfahren und zu leben. Junge  
18 Männer ganz unterschiedlicher Schulbildung haben in der Wehrdienstzeit  
19 oft zum ersten Mal im Leben die Gelegenheit, gemeinsam etwas zu  
20 bewältigen und sich konkreten Aufgaben zu stellen. Mit Umsetzung des  
21 EUGH-Urteils ist Frauen der gleichberechtigte Zugang zur Bundeswehr  
22 garantiert. Die alleinige Heranziehung von Männern zur Wehrpflicht ist  
23 gerecht Die besonderen Leistungen der Frauen in der und für die  
24 Gesellschaft sind unumstritten.
- 25 6. Die Dienstform der Wehrpflicht ist am besten geeignet, die  
26 öffentliche Aufmerksamkeit für alle Themen zu erhalten, die mit  
27 Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Soldaten zu tun haben. Die  
28 Wehrpflicht sorgt für ein besseres Grundverständnis in den betroffenen  
29 Familien, trägt zur Verklammerung mit der Gesellschaft insgesamt und damit  
30 zur breiteren Akzeptanz der Streitkräfte bei. Sie sorgt umgekehrt auch dafür,  
31 dass Bedenken und berechtigte Kritik in die Streitkräfte hineingetragen  
32 werden.
- 33 7. Die Wehrpflicht ist ein institutioneller Garant für die geltende (Militär-)Kultur  
34 der Zurückhaltung in internationalen Einsätzen der Bundeswehr, die zu  
35 ihrem Markenzeichen seit den frühen 1990er Jahren geworden ist. Diese  
36 gilt es unter allen Umständen zu erhalten.
- 37 8. Die Dienstform der Wehrpflicht garantiert am besten den  
38 selbstbewusst staatsbürgerlichen Umgang der Bundeswehrangehörigen  
39 miteinander, die Praxis der Inneren Führung und den auf Auftragstaktik  
40 gerichteten Führungsstil. Die Wehrpflicht verhindert eine  
41 Privatisierung von sicherheits- und verteidigungspolitischer  
42 Aufgabenerfüllung und damit eine Entsorgung aus der Mitte der  
43 Gesellschaft; damit bleibt auch die parlamentarische Hemmschwelle  
44 möglichst hoch, dem Einsatz von deutschen Streitkräften zuzustimmen.  
45
- 46 9. Die Wehrpflicht ermöglicht eine deutlich kostengünstigere und  
47 bessere Rekrutierung neuer längerdienender Soldaten, als es die  
48 Freiwilligenarmeen in anderen Staaten derzeit gewährleisten. Die  
49 Freiwilligenarmeen in Europa haben große Schwierigkeiten bei der  
50 Gewinnung qualifizierten Nachwuchses. Streitkräfte mit Wehrpflichtigen-  
51 Anteilen sind die intelligenteren Streitkräfte. Im Hinblick auf  
52 ihren Querschnitt an Grundfertigkeiten, politischem Grundverständnis

1 und Reflexionsvermögen sowie mit ihren recht frisch  
2 erworbenen Ausbildungskennntnissen können die Wehrpflichtigen am  
3 ehesten den gewachsenen Anforderungen moderner Streitkräfte gerecht  
4 werden. Eine flexible Einberufung birgt große Vorteile bei der  
5 Nachwuchsgewinnung; sie ist pragmatischen Nutzenerwägungen  
6 gegenüber prinzipiell offen.

7 10. Streitkräfte mit einem erheblichen Wehrpflichtigen-Anteil sind  
8 kostengünstiger. Dies ist der wesentliche Grund, warum die neuen NATO-  
9 Mitgliedsstaaten zumeist bei der Wehrpflicht bleiben; die Nachwuchssuche  
10 wie in Freiwilligenstreitkräften notwendig wäre für sie unbezahlbar. Im  
11 Übrigen bringen junge Männer, die bei den Streitkräften oder in  
12 Ersatzdiensten Erfahrungen gesammelt haben, eine Reife ins Berufsleben mit,  
13 die sich auch volks- bzw. betriebswirtschaftlich rechnet.

14 11. Professionalität und Wehrpflicht passen zusammen. Gerade  
15 Wehrpflichtige bringen Erfahrungen und Kenntnisse ein, die für  
16 komplexe und moderne Streitkräfte unverzichtbar sind. Ein umfangreicher  
17 Teil der internationalen Einsätze deutscher Soldaten war durch eine  
18 Verpolizeilichung der soldatischen Rollen gekennzeichnet; Fähigkeiten zur  
19 Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung vor Ort, zur Moderation und zur  
20 Wahrung der Verhältnismäßigkeit eingesetzter Mittel sind von  
21 ausschlaggebender Bedeutung. Dieses Verständnis von Professionalität wird  
22 zunehmend zu einem Markenzeichen deutscher Soldaten; es wird durch  
23 die Wehrpflichtigen forciert.

24 12 Die internationale Zusammenarbeit von Streitkräften ist nicht von  
25 einer bestimmten Wehrform abhängig. Dies haben die Erfahrungen der  
26 letzten Jahre gezeigt.

27 13. Die sozialdemokratische Prägung der Verteidigungspolitik in der  
28 Bundesrepublik - die parlamentarische Berufung eines/r  
29 Wehrbeauftragten und die starke parlamentarische Kontrolle - waren  
30 Grundbedingung für die Zustimmung der SPD zur Aufstellung der  
31 Bundeswehr Mitte der 1950er Jahre. Beides war nur im Zusammenhang  
32 mit der Wehrpflicht gedacht und denkbar. Diese Tradition gilt es zu wahren.

33 **Wir fordern die Bundesregierung und die sozialdemokratischen**  
34 **Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich für die Beibehaltung**  
35 **und die angemessene Ausgestaltung der Allgemeinen Wehrpflicht zu**  
36 **entscheiden.**

## 37 Variante 2

38 Für die Einführung einer Freiwilligenarmee spricht:

39 1. Durch den Wegfall der Blockkonfrontation besteht für das Territorium der  
40 Bundesrepublik Deutschland keine unmittelbare Bedrohung mehr, die militärisch  
41 angemessen mit der Wehrpflicht beantwortet werden könnte. Auch der sog.  
42 „Kampf gegen den Terrorismus“ kann die Allgemeine Wehrpflicht nicht  
43 rechtfertigen, denn dieser ist vorrangig eine Aufgabe von Polizei und Justiz.  
44 Internationale Konfliktverhütung und Krisenprävention sind für deutsche  
45 Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlichsten Aufgaben.  
46 Wehrpflichtige kommen für diese Einsätze jedoch - auch aus  
47 verfassungsrechtlichen Gründen - nicht in Betracht und werden dort auch  
48 nicht eingesetzt. Für Wehrpflichtige existiert damit kein orginäres militärisches  
49 Aufgabenfeld mehr. Es gibt keine Bedrohung des Territoriums der

- 1 Bundesrepublik Deutschland mehr, die die spezifische Wehrform der  
2 Wehrpflicht als Rekrutierungsinstrument für Massenarmeen noch  
3 erforderlich macht.
- 4 2. Dies wirkt sich auch unmittelbar auf die Legitimation der Wehrpflicht aus.  
5 Die Gerichte haben sich aus guten Gründen in der rechtlichen Bewertung der  
6 Wehrpflicht zurückgehalten und klar den politischen Entscheidungsspielraum  
7 in dieser Frage betont. Das Erfordernis ausreichender Legitimation und  
8 gesellschaftlicher Akzeptanz der Wehrpflicht bleibt von der rechtlichen  
9 Bewertung jedoch unberührt.
- 10 3. Schon 1995 meinte der damalige Bundespräsident und ehemalige Präsident  
11 des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog: „Die Wehrpflicht ist ein so  
12 tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der  
13 demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des  
14 Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges Prinzip, sondern sie  
15 ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage.“ Angesichts der  
16 veränderten Sicherheitslage kann die Wehrpflicht als staatlicher Zwangsdienst  
17 nicht mehr legitimiert werden.
- 18 4. Neben diesem Zwangscharakter entzieht auch die schwindende  
19 Wehrgerechtigkeit der Wehrpflicht ihre gesellschaftliche Legitimation.  
20 Faktisch ist die Allgemeine Wehrpflicht schon abgeschafft und in einen  
21 Auswahlwehrdienst umgewandelt worden. Bei der geplanten  
22 Bundeswehrstärke von 250.000 Soldaten mit 55.000 Wehrdienstleistenden  
23 können nur noch ca. 15% eines Jahrgangs (ca. 400.000) zum Wehrdienst  
24 eingezogen werden. Der ursprüngliche Regelfall ist zum Ausnahmefall  
25 geworden.
- 26 5. Die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht gelingt nur noch, weil ein Großteil  
27 der Wehrpflichtigen verweigert und Zivildienst leistet. Doch selbst bei  
28 Berücksichtigung der Zivildienstleistenden werden zukünftig diejenigen, die  
29 überhaupt einen Dienst ausüben, in der Minderheit sein.
- 30 6. Die Sozialdemokratie, für die die Pflichtengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger  
31 zum Kern ihres Programms gehört, könnte angesichts dieser  
32 Ungerechtigkeit das Festhalten an der Wehrpflicht nicht ohne Beschädigung der  
33 eigenen Glaubwürdigkeit durchhalten.
- 34 7. Die wachsende Beteiligung von Frauen in der Bundeswehr in allen  
35 Funktionsbereichen wirft die Frage auf, ob eine ausschließlich auf Männer  
36 beschränkte Wehrpflicht den Grundsatz der Gleichberechtigung erfüllen kann.  
37 Die Wehrpflicht ist kein taugliches Instrument, um nach wie vor bestehende  
38 Benachteiligungen von Frauen in anderen Gesellschaftsbereichen auszugleichen.
- 39 8. Gleichzeitig steht eine auf Männer beschränkte Wehrpflicht dem  
40 gleichberechtigten Zugang der Geschlechter zur Bundeswehr entgegen. Nur  
41 eine Freiwilligenarmee kann den gleichberechtigten Zugang beider  
42 Geschlechter gewährleisten.
- 43 9. Für das künftige Aufgabenspektrum der Bundeswehr ist hervorragend  
44 qualifiziertes und hochmotiviertes Personal erforderlich, das in der Lage ist, in  
45 einem komplexer gewordenen sicherheitspolitischen Umfeld zu agieren.  
46 Diese Anforderungen sind durch Wehrpflichtige, die einen 9monatigen  
47 Wehrdienst ableisten, in keiner Hinsicht erfüllbar.
- 48 10. Die Beibehaltung der Wehrpflicht mit dem Argument einer  
49 kostengünstigen Nachwuchsgewinnung von Zeit- und Berufssoldaten ist als

- 1 Legitimationsbasis für die Allgemeine Wehrpflicht zu schwach. Die Bundeswehr  
2 muss - wie andere Arbeitgeber auch - durch attraktive Gehaltsstrukturen,  
3 Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten qualifizierten Nachwuchs über den  
4 Arbeitsmarkt gewinnen. Der sinkende Anteil der Wehrpflichtigen führt  
5 außerdem bereits jetzt dazu, dass die Wehrpflicht als  
6 Rekrutierungsinstrument an Bedeutung verliert.
- 7 11. Eine gravierende Veränderung der sicherheitspolitischen Rahmen-  
8 bedingungen ist derzeit nicht zu erwarten, kann aber nicht für alle Zukunft  
9 ausgeschlossen werden. Für den Fall einer Verschlechterung der Sicherheitslage  
10 kann die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr über Reservisten sichergestellt  
11 werden. Das Reservistenpotenzial ist dabei über die Festlegung der  
12 Verpflichtungszeiten der Zeitsoldaten zu steuern. Hierbei sollen auch kürzere  
13 Verpflichtungszeiten angeboten werden.
- 14 12. Wir wollen die Wehrpflicht nicht gänzlich abschaffen, sondern  
15 lediglich einfachgesetzlich aussetzen. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht  
16 im Krisenfall bleibt damit prinzipiell möglich.
- 17 13. Aufgrund der geringeren Einsatzmöglichkeiten von Wehrpflichtigen kommt  
18 eine Freiwilligenarmee mit weniger Personal aus, um die notwendigen  
19 militärischen Aufgaben erfüllen zu können, und ist im Ergebnis nicht  
20 teurer. Für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht wären hingegen ein hoher  
21 Verwaltungsaufwand und eine kostenintensive Erfassungsstruktur wie  
22 z.B. Kreiswehrrersatzämter notwendig, deren Kosten bei einer Freiwilligenarmee  
23 eingespart werden können.
- 24 14. Neben den betriebswirtschaftlichen Kosten sind auch die  
25 erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten der Allgemeinen Wehrpflicht wie  
26 Verdienst- und Steuerausfälle zu berücksichtigen. Schließlich leistet die  
27 Aussetzung der Wehrpflicht einen wichtigen Beitrag zur Verkürzung der  
28 Ausbildungszeiten in Deutschland.
- 29 15. Häufig wird die Erhaltung des Zivildienstes als Argument für die Beibehaltung  
30 der Wehrpflicht angeführt. Die Ersetzung von Zivildienstleistenden durch  
31 ausgebildete Fachkräfte und Freiwillige ist jedoch effektiver,  
32 verantwortungsvoller und führt zu einem qualitativ hochwertigeren  
33 Pflegebereich in Deutschland. Auch der derzeitige Zivildienst kostet Geld; die  
34 durch seine Abschaffung frei werdenden Gelder wollen wir im Sozialen Bereich  
35 einsetzen. Als Alternative zum Zivildienst fordern wir darüber hinaus eine  
36 Stärkung des freiwilligen sozialen/ökologischen/kulturellen Jahres, wofür es  
37 bereits jetzt eine große Nachfrage gibt. Diese Stärkung könnte durch neue  
38 Anreize geschehen, wie zum Beispiel eine für den Eintritt ins Berufsleben  
39 vorteilhafte Zertifizierung der Tätigkeiten, eine bessere Entlohnung und  
40 soziale Absicherung oder eine Anrechnung der Dienstzeit auf  
41 Uni-Wartezeiten und Rentenansprüche.
- 42 16. Eine Wehrpflichtarmee ist nicht per se demokratischer als eine Freiwilligenarmee.  
43 Eine Wehrpflichtarmee ist nicht geschützt vor Missbrauch oder  
44 Pflichtverletzungen gegenüber Untergebenen - im Gegenteil sind hier gerade  
45 Wehrdienstleistende häufig die Opfer. Eine Freiwilligenarmee kann auch  
46 nicht mit einer reinen Berufsarmee gleichgesetzt werden. Eine  
47 Freiwilligenarmee legt den Schwerpunkt auf kurz- und mittelfristige  
48 Verpflichtungszeiten und der Beruf des Soldaten steht hier nicht im  
49 Vordergrund. Dadurch wird dem Entstehen eines „Korpsgeistes“  
50 wirksam entgegengewirkt und die notwendige Verzahnung von Militär und  
51 Gesellschaft sichergestellt.

1 17. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten trauen unseren  
2 demokratischen Kontrollorganen eine wirksame Kontrolle der Bundeswehr als  
3 Freiwilligenarmee zu. Auch eine Freiwilligenarmee unterliegt selbst-verständlich  
4 dem Parlamentsvorbehalt. Die Allgemeine Wehrpflicht kann die  
5 gesellschaftliche Sensibilität für Auslandseinsätze der Bundeswehr nicht  
6 erhöhen, wie vielfach behauptet wird, denn Wehrpflichtige sind an diesen  
7 Einsätzen gar nicht beteiligt.

8 18. Mit der Beibehaltung der Wehrpflicht würde sich Deutschland im  
9 europäischen Vergleich zu isolieren: Es wäre eines der letzten Länder,  
10 welches auf die Wehrpflicht setzt. Eine europäische Armee mit  
11 Wehrpflichtigen ist undenkbar, die Europäische Armee wird eine  
12 Freiwilligenarmee sein. Die Sozialdemokratie hat sich seit je her für die  
13 Stärkung der europäischen Integration eingesetzt und will dies auch bei  
14 der Debatte über die Wehrstruktur beibehalten. Die Diskussion über die  
15 Wehrpflicht hat ihren nationalen Charakter längst verloren.

16 **Wir fordern daher die Bundesregierung und die sozialdemokratischen**  
17 **Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, sich für die Aussetzung der**  
18 **Allgemeinen Wehrpflicht einzusetzen und ein Konzept für eine moderne**  
19 **Freiwilligenarmee zu entwickeln, das sich an den genannten Kriterien**  
20 **orientiert.**